

**Medienkonferenz:
NEUER VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTOR: 100 TAGE IM AMT;
Bern,
8. September 2006**

*Referat von
Herrn Regierungsrat Andreas Rickenbacher,
Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern*

Es gilt das gesprochene Wort



**POLITISCHE SCHWERPUNKTE DES VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTORS
FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2006-2010**

Sehr geehrte Damen und Herren

Leitlinie und Grundsatz meiner Politik in den nächsten vier Jahren sind wie bei den anderen Regierungsratsmitgliedern die **REGIERUNGSRICHTLINIEN**. Wie sie wissen lautet die Grundmaxime „Nachhaltige Entwicklung stärken“.

Damit dies mehr ist als ein Schlagwort, müssen daraus für jede Direktion Schwerpunkte und Maßnahmen abgeleitet werden. Dies gilt in zahlreichen Bereichen auch **direktionsübergreifend**. Denn jedes Regierungsmitglied ist neben seiner Funktion als Direktionsvorsteher auch Mitglied der Gesamtregierung und trägt Verantwortung für die gemeinsame Regierungspolitik.

Diese wird nicht selten durch Geschäfte bestimmt, die einen direktionsübergreifenden Charakter haben und auch nur direktionsübergreifend umgesetzt werden können. Nichts wäre daher problematischer, als wenn jedes Regierungsmitglied nur zu seinem

eigenen Gärten schauen würde. Ich werde daher in meiner Amtszeit bestrebt sein, gerade diese übergreifenden Geschäfte besonders im Auge zu behalten.

Die Wirtschaft ist von nahezu allen Politikbereichen betroffen. Daher wäre es aus meiner Sicht, aber auch aus der Sicht des Regierungsrats, völlig falsch, in den Regierungsrichtlinien ein isoliertes Kapitel „Wirtschaft“ aufzunehmen. Die **sieben Schwerpunkte der Richtlinien** (Innovation, stabile Finanzpolitik, hohe Bildungsqualität, Mobilität und Raum, Gesellschaftspolitik, regionaler Zusammenhalt und Energiepolitik) betreffen allesamt die Wirtschaft. Es ist die Absicht der Regierung – und von mir als Volkswirtschaftsdirektor – durch eine aktive Politik in genau diesen Schwerpunktbereichen zur Stärkung der Wirtschaftskraft im Kanton Bern beizutragen.

Ein wichtiger Schwerpunkt für die Stärkung der Wirtschaftskraft ist die **Innovationspolitik**: Innovation – also Neuerung, Erneuerung – ist in der Wirtschaftswelt des Kantons Bern nötig. Dies, damit sich die Wirtschaft unter verschärften Konkurrenzbedingungen entwickeln und Arbeitsplätze erhalten, sichern oder schaffen kann. Dazu muss ein innovationsfreundliches Klima erzeugt werden und es sind gute Rahmenbedingungen notwendig.

Auch die bewährte **Clusterpolitik** soll zur Schaffung eines innovativen Wirtschaftsraums beitragen. Im vielfältigen Kanton Bern ist es besonders wichtig, den **Zusammenhalt der verschiedenen Regionen** untereinander zu stärken. Die Städte und Agglomerationen sind die Motoren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Doch auch die **Qualitäten des ländlichen Raums** und seine Entwicklungschancen müssen gesichert werden.

Wie Sie in der Vorstellung von Albert Rösti gesehen haben, bearbeitet die Volkswirtschaftsdirektion ein im Vergleich zu anderen Direktionen sehr breites politisches Feld. Meine **acht Schwerpunkte für die laufende Legislatur** betreffen daher die Wirtschaft, die Innovation, die Wirtschaftsförderung, die Jugendarbeitslosigkeit, Ökologie und Landwirtschaft, Waldpolitik, Regional- und Tourismuspolitik sowie die Euro 08. Und damit nun zum ersten Schwerpunkt.

1. Aktive Wirtschaftspolitik

Grundlage der aktiven Wirtschaftspolitik im Kanton Bern stellt der Bericht zur „Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie“ dar. Damit die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Kanton Bern gegeben sind und eine aktive Wirtschaftspolitik betrieben werden kann, müssen die beschlossenen Ziele und Maßnahmen aktiv umgesetzt werden. Dabei braucht es eine klare Prioritätensetzung, denn nur schon aufgrund der finanziellen Situation kann nicht alles gleichzeitig realisiert werden.

Die **Maßnahmen der WACHSTUMSSTRATEGIE** betreffen alle Direktionen und zeigen einmal mehr, dass Wirtschaftspolitik eine klassische Querschnittsaufgabe ist. Die Volkswirtschaftsdirektion muss dabei die Umsetzung der beschlossenen Ziele im Auge behalten und notfalls verstärkt fördern.

Zu den Zielen und Maßnahmen mit besonders hoher Priorität gehören für mich insbesondere die folgenden:

- der Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung;
- die Promotion für den Wohnstandort Kanton Bern;
- die Einführung von Blockzeiten in der Volksschule;
- die Optimierung des Wissenstransfers Wirtschaft – Wissenschaft;
- die administrative Vereinfachung der Verfahren und
- die Realisierung von Maßnahmen aus den Mobilitätsstudien der Regionen Bern, Biel, Thun und Burgdorf.

Die Wahl dieser Ziele ist nicht zufällig.

Die **Optimierung des Wissenstransfers** zwischen Wirtschaft und Wissenschaft WTT ist angesichts eines unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums im Kanton Bern sehr wichtig.

Für den Kanton Bern, der sowohl eine Universität als auch eine eigene Fachhochschule hat, besteht in diesem Bereich ein echtes Potential. Wichtig ist zudem aber auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und eine konkrete und ergebnisorientierte Regional- und Agglomerationspolitik. Dies sind zentrale Standortfaktoren.

Beim **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** ist vorab auf den öffentlichen Verkehr zu setzen, da dieser im Gegensatz zum Individualverkehr den Wohnstandort wesentlich weniger mit Immissionen belastet.

Ein weiteres großes Problem für den Kanton Bern und seine Wirtschaft ist die **stagnierende Bevölkerungsentwicklung**. Prognosen des Bundesamtes für Statistik gehen in den nächsten 15 bis 20 Jahren sogar von einer Bevölkerungsabnahme aus. Was dies für die Wirtschaft und insbesondere die Finanzpolitik (Stichwort Steuereinnahmen) bedeutet, liegt auf der Hand.

Die **Familienpolitik** gehört nicht nur wegen der Bevölkerungsentwicklung zu den Schwerpunkten einer aktiven Wirtschaftspolitik. Auch ökonomisch macht sie Sinn: Verschiedene Studien belegen, dass diejenigen Volkswirtschaften erfolgreich sind, in denen Frauen nach der Gründung einer Familie weiterhin berufstätig sein können.

Der Kanton Bern muss auch als **Wohnstandort** attraktiver werden. Gemäß verschiedenen Studien wählen Familien ihren Wohnstandort nicht zuletzt aufgrund der Dienstleistungen im Bereich der Kinderbetreuung und der Bildungsqualität aus. Gemäß einer HSG-Studie vom Herbst 2005 ist die Höhe der Steuern nur eines unter vielen anderen Elementen (meist auf Rang 7 oder 8 der Wichtigkeit). Durch eine aktive Familienpolitik, einen guten öffentlichen Verkehr oder eine ruhige, gesunde und kulturell vielfältige Umgebung kann der Wohnort entscheidend attraktiviert werden.

Bei meinen ersten Kontakten mit Wirtschaftsvertretern habe ich einmal mehr festgestellt, dass das **Vereinfachen administrativer Abläufe** ein großes Bedürfnis ist. Ich werde deshalb beim Controlling der Wachstumsstrategie ein besonderes Augenmerk auf Maßnahmen, welche Abläufe vereinfachen sollen, halten und genau prüfen, was sich dabei optimieren lässt.

2. Innovationsförderung im Kanton Bern

Ähnlich wie der Begriff Nachhaltigkeit, wirkt auch der **Begriff Innovation** in Ihren Ohren vielleicht etwas verbraucht. Er wurde oft als Schlagwort missbraucht. Daher will ich ihn mit Inhalten verknüpfen und Ihnen aufzeigen, wie die Volkswirtschaftsdirektion in den nächsten Jahren die Schaffung eines innovativen Klimas im Kanton Bern fördern will.

Die Regierung kann Innovation nicht verordnen. Aber sie kann **gute Rahmenbedingungen** schaffen. Die größten Handlungsspielräume dafür bestehen bei der **Optimierung des Wissens- und Technologietransfers** zwischen Wirtschaft und Forschung. Deshalb hat der Regierungsrat bereits im Januar 2006 einen Bericht zur „Optimierung des Wissens- und Technologietransfers im Kanton Bern“ erstellt und aus diesem Grund ist auch der Bund in diesem Bereich mit der **Förderagentur für Innovation (KTI)** aktiv.

Für anwendungsorientierte Förderbeiträge bleibt die KTI mit einem jährlichen Budget von 100 Millionen Franken für die Akteure des Wissens- und Technologietransfers sowie für die KMU im Kanton Bern die wichtigste Anlaufstelle. Die vergleichsweise geringe Anzahl KTI-Projekte im Kanton Bern zeigt jedoch, dass es für die Volkswirtschaftsdirektion Handlungsbedarf gibt:

- Wir müssen die Zusammenarbeit mit der KTI stärken, damit diese bei den kantonalen WTT-Systemen (Wissens- und Technologietransfersystemen) und bei den KMU bekannter werden. Es ist zudem zu prüfen, ob und in welcher Form eine engere Zusammenarbeit zwischen innoBE (der Drehscheibe für Wissens- und Technologietransfer im Kanton Bern) und der KTI möglich ist.

Weiter leite ich aus dem Bericht über die Optimierung des Wissens- und Technologietransfers (dieser wurde anfangs 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt) folgenden **Handlungsspielraum** ab:

1. Unter der Federführung der Wirtschaftsförderung wird eine „Koordinationsgruppe Wissens- und Technologietransfer“ geschaffen. Diese soll eine Plattform für den Wissens- und Technologietransfer werden. Sie soll alle Akteure einbinden, die sich zur gegenseitigen Information und zur Abstimmung regelmäßig treffen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit und die Vernetzung zu verbessern.
2. Die Leistungsvereinbarung mit den WTT-Stellen (Universität und Fachhochschulen) sollte verbindlicher ausgestaltet werden.

3. Konzentration der kantonalen Wirtschaftsförderung

Im Jahr 2007 wird turnusgemäß eine umfassende Überprüfung des Nutzens und der Wirkung von Finanzierungsbeiträgen und Steuererleichterungen durch die Wirtschaftsförderung abgeschlossen.

Im Rahmen dieser Untersuchung, aber auch anhand praktischer Einzelfälle, werden wir die bestehenden Förderkriterien überprüfen und modifizieren. Gleichzeitig wird der Be-

richt des Regierungsrats betreffend „Transparenz in der Wirtschaftsförderung“ fertig gestellt (Auftrag aus Motion PUK BLVK).

Daraus abgeleitet ergibt sich also im Bereich der Wirtschaftsförderung folgender **Handlungsbedarf**:

1. Die Wirtschaftsförderung soll sich auf die vorhandenen Stärken der Berner Wirtschaft konzentrieren (bestehende Clusterpolitik weiterführen und fokussieren). Bereits heute ist die Wirtschaftsförderung auf verschiedenen Ebenen sehr aktiv, und es kann nicht darum gehen, quantitativ noch mehr Projekte zu fördern. Vielmehr soll eine Konzentration stattfinden.
2. Ich habe eine Evaluation der Einzelbetriebsförderung (Geldwerte Leistungen, Einnahmenverzicht) in Auftrag gegeben. Dabei sollen bis Mitte 2007 Optimierungsmöglichkeiten ausgeleuchtet und bestimmt werden. In diesem Rahmen sind auch die gewährten Steuererleichterungen zu prüfen sowie die Kriterien zu überarbeiten.
3. Im Rahmen der Motion der PUK BLVK wird die Volkswirtschaftsdirektion einen Bericht über die Transparenz in der Wirtschaftsförderung erstellen. Hier werden wir die Balance zwischen mehr Transparenz und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes finden müssen.

4. **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist vorab die Volkswirtschaftsdirektion zuständig, für die Lehrstellenschaffung die Erziehungsdirektion, für die Integration die Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Bei diesem Themenbereich ergeben sich also wiederum **Schnittstellen**, die eine enge Zusammenarbeit unter verschiedenen Direktionen erfordern.

Jugendarbeitslosigkeit ist ökonomisch schädlich. Aber auch gesellschaftspolitisch gefährlich: Es gibt keinen schlechteren Start ins Leben, als wenn man als Jugendliche das Gefühl vermittelt bekommt, man sei überflüssig.

Eine **Ursache** der hohen Jugendarbeitslosigkeit liegt im Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung, aber auch im Übergang von der Lehre zur ersten regulären Arbeitsstelle: Die mangelnde Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt gilt als Haupthindernis für den Einstieg ins Berufsleben. Sie wirkt für Jugendliche insbesondere in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs verhängnisvoll. Dies, weil die Wirtschaft ihren Personalbestand in erster Linie über natürliche Abgänge reguliert. Aus diesem Grund reagiert die Jugendarbeitslosigkeit sehr empfindlich auf konjunkturelle Änderungen.

Aufgrund der **demographischen Entwicklung** ist noch bis im Sommer 2008 von einer hohen Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern im Kanton Bern auszugehen. Anschließend erfolgt eine Reduktion in der Größenordnung von rund 10 Prozent. Dennoch ist Handeln angesagt, denn jeder Jugendliche ohne Lehrstelle oder Arbeitsplatz ist einer zuviel.

Konkret sehe ich folgenden **Handlungsbedarf**:

1. Verbesserung der Zusammenarbeit verschiedener Institutionen des Staates, aber auch der Privatwirtschaft. Mit einer guten Koordination können Synergien zwischen den verschiedenen Angeboten für Jugendliche genutzt werden. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit ist im Kanton Bern ausbaubar und sollte besser verankert werden.
2. Prüfung und allfällige Umsetzung der bereits vorher erwähnten administrativen Vereinfachungen.

Um diese beiden wichtigen Punkte mit allen betroffenen Akteuren genau auszuleuchten und die richtigen Maßnahmen einzuleiten, plant die Erziehungsdirektion gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion für Ende November die 1. Bernische Lehrstellenkonferenz.

5. Ökologie und Landwirtschaft im Kanton Bern

Wie bereits ausgeführt, ist es eine große Herausforderung für den Kanton Bern, **als Wohnstandort attraktiver** zu werden. Nur so können wir einer wachsenden Wirtschaft genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung stellen. Wenn wir als Wohnstandort attraktiver werden wollen, dann müssen wir die **Ökologienpolitik** stärken.

Ich will deshalb:

1. im Kanton Bern der Ökologie eine höhere Bedeutung geben,
2. zu einer aktiveren Rolle des Kantons Bern in Ökologiefragen, die gesamtschweizerisch gelöst werden müssen, beitragen.

In meiner Direktion verfüge ich dazu über die notwendigen Instrumente. Für den Vollzug ökologischer Maßnahmen in den Bereichen Luftreinhaltung, Naturschutz, Wald und Landwirtschaft ist meine Direktion zuständig.

Ich habe in den ersten 100 Tagen festgestellt, dass eine Stärkung der ökologischen Maßnahmen in den heutigen Strukturen durch eine klare Prioritätensetzung möglich ist. Eine hohe Priorität hat dabei der Bereich Luft (Stichworte Feinstaub und Ozon). Nächste Woche wird der Große Rat verschiedene Vorstöße in diesem Bereich behandeln. In den Antworten zu diesen Vorstößen haben wir aufgezeigt, was derzeit umgesetzt wird und erste Absichten für die Zukunft formuliert. Ich will unter anderem die Informations- und Sensibilisierungskampagnen überprüfen und optimieren lassen. Zudem sind Maßnahmen bei der Kontrolle der Cheminéeefeuerungen in Bearbeitung.

Bei der Erarbeitung des gesamtschweizerischen Konzepts zur Bekämpfung von Feinstaub nimmt der Kanton Bern eine führende Rolle wahr. Wir werden dieses Konzept noch diesen Monat in der schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz diskutieren.

Die **Landwirtschaft** bleibt trotz rückläufigen Betriebszahlen ein wichtiger Sektor für den Kanton Bern, insbesondere zur Pflege der Kulturlandschaft. Sie spielt auch eine wesentliche Rolle für die Stärkung der Ökologie. Denn Landwirtschafts- und Ökologienpolitik sind längst keine Gegensätze mehr. Nur in einer gesunden Umwelt können die Landwirte auch qualitativ hochwertige Produkte anbauen und ernten. Mehr

Ökologie ist auch für die Landwirtschaft wertvoll, denn daraus ergeben sich willkommene Zusatzeinnahmen.

Damit die hohen Standards bezüglich Ökologie, Qualität und Sicherheit in der Landwirtschaft nicht gefährdet werden, hat eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im November 2005 der „Gentechfrei-Initiative“ zugestimmt. Wie der Schweizerische Bauernverband, bin auch ich der Meinung, dass bis zum Ablauf der Moratoriumsfrist 2010 durch die Forschung möglichst viele Grundlagen für den Entscheid über den künftigen Weg der Schweizer Landwirtschaft geliefert werden sollten.

Die Landwirtschaft prägt die vielfältigen und schönen Landschaften im Kanton Bern. Auch daher liegt sie mir am Herzen.

Handlungsbedarf sehe ich in den Bereichen Ökologie und Landwirtschaft vor allem bei folgenden Punkten:

1. Förderung des biologischen Landbaus und Stärkung der Bioprodukte. Dazu soll in der laufenden Legislatur eine Finanzhilfe zur Unterstützung von Absatzförderungs- und Kommunikationsmaßnahmen (vor allem auf regionaler und überregionaler Ebene) speziell auch für Bioprodukte gewährt werden.
2. Förderung der regionalen Entwicklung mit Strukturverbesserungsmaßnahmen: Die Unterstützung muss gemäß den Kriterien „regionale Entwicklung“, „Förderung einheimischer und regionaler Produkte“ sowie „vorwiegend landwirtschaftliche Produktion“ den entwicklungspolitischen Zielen sowie der Wertschöpfung der unterstützten Region zugute kommen.
3. Erneuerbare Energieträger: Der Trend ist eindeutig. Erneuerbare Energieträger werden künftig eine viel wichtigere Rolle spielen. Daher wollen wir Biogasanlagen im Kanton Bern fördern. Dies ist nicht nur vom ökologischen Standpunkt her wichtig, sondern gerade auch für die Landwirtschaft eine große Chance. Mit der LOBAG und verschiedenen Landwirten habe ich hier bereits erste, sehr viel versprechende Gespräche geführt.
4. Kampagne „Nachhaltige Nutzung des Berner Waldes“: Mit dieser sollen die Waldbesitzer dazu motiviert werden, ihren Wald wieder vermehrt zu nutzen. Dadurch sollen die nachhaltige und aktive Verjüngung der Wälder gefördert und der wertvolle einheimische Rohstoff und erneuerbare Energieträger Holz besser genutzt werden.

Ein weiterer ökologischer Schwerpunkt der Volkswirtschaftsdirektion ist die **Luftreinhaltung**. Wir vollziehen hier Bundesrecht, legen also die Spielregeln nicht selber fest. Wir können und wollen aber die verschiedenen Maßnahmen des Maßnahmenplans Luftreinhaltung mit Engagement und Konsequenz umsetzen. Wenn nötig setzen wir uns zudem beim Bund dafür ein, dass die Vorschriften nicht verwässert werden. Denn die Belastung durch Feinstaub und Ozon muss spürbar gesenkt werden. Ich bin stolz darauf, dass zurzeit unter der Federführung des Kantons Bern ein interkantonales Interventionskonzept für temporäre Maßnahmen bei Überschreitungen der **Feinstaubbelastung** erarbeitet wird (Fachstelle Immissionsschutz des beco Berner Wirtschaft). Über dieses Konzept wird an der nächsten Tagung der BPUK (Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, 22. September 2006) verhandelt. Ich werde an dieser Ver-

handlung aktiv teilnehmen. Wir wollen bereit sein, wenn im nächsten Winter eine vergleichbare Situation eintritt wie im letzten Winter.

Ich will zudem im Bereich **Ozon und Feinstaub** an zwei Punkten speziell ansetzen: Einerseits wird die Volkswirtschaftsdirektion in den Verhandlungen mit den anderen Kantonen eine aktivere Rolle spielen als bisher. Denn die Problematik Feinstaub (Winter) und Ozon (Sommer) können wir nur überregional anpacken. Andererseits wollen wir die Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung bei uns, im Kanton Bern, weiter verstärken.

Als **weitere Einzelmaßnahmen** will ich zudem folgende umsetzen: Initiieren von schärferen eidgenössischen Bestimmungen bei der Filterpflicht (Filterpflicht auf alle Baumaschinen ausdehnen, ohne im Gegenzug die Baurichtlinien Luft zu lockern), Sensibilisierung der Baubranche für die Partikelfiltertechnologie (alle Baumaschinen konsequent mit Filtern ausrüsten), Beschaffung von immissionsarmen Fahrzeugen durch die Gemeinden und den Kanton und schließlich verstärkte Kontrollen bei Holzfeuerungen.

Gerade der Bereich der **Partikelfilter** zeigt wiederum eindrücklich die Vernetzung zwischen Ökologie und Ökonomie: Wenn wir jetzt frühzeitig in dieses Thema einsteigen, dann stärken wir wiederum den Wohnstandort Kanton Bern. Zudem sind bereits heute Unternehmen im Kanton angesiedelt, welche im Bereich der Herstellung von Partikelfiltern führend sind. Diese erhalten eine zusätzliche Chance – über unseren Kanton hinaus.

6. Waldpolitik – Ökonomie und Ökologie

Die veränderten Rahmenbedingungen in der Wald- und Holzwirtschaft, die steigenden Ansprüche der Bevölkerung an den Wald und die knappen öffentlichen Mittel erfordern eine Weiterentwicklung der Waldpolitik. Der Bundesrat will dem Parlament im Frühjahr 2007 eine Revision der eidgenössischen Waldgesetzgebung vorlegen. Aus diesen Gründen ist eine Revision des kantonalen Waldgesetzes geplant.

Der Wald erfüllt auf seiner ganzen Fläche verschiedenartige Funktionen. Das Interesse der Öffentlichkeit an der Erfüllung wichtiger Funktionen wie zum Beispiel dem Schutz vor Naturgefahren, dem Naturschutz oder der Erholung ist besonders groß. Solche Wälder sind aus öffentlicher Sicht so genannte „Wälder mit Vorrangfunktion“ (Vorrang: Schutzwald, Biodiversität, Erholung).

Meine Prioritäten in der Waldpolitik sind die folgenden:

1. Zur Sicherstellung der besonderen Ansprüche der Öffentlichkeit werden die geforderten Waldleistungen gezielt bei den Waldbesitzern eingekauft. Dazu gehören zum Beispiel die Pflege des Schutzwaldes oder die Förderung der Biodiversität (etwa durch Ausscheiden von Waldreservaten).
 2. In den Wäldern ohne Vorrangfunktion soll die Eigenverantwortung der Waldbesitzer gestärkt werden. Mit angepassten Rahmenbedingungen sollen die Waldbesitzer in die Lage versetzt werden, ihre Wälder wieder eigenwirtschaftlich nutzen zu können. Der Kanton unterstützt dazu die Waldbesitzer
-

mit befristeten „Anschubhilfen“ bei der Bildung von zukunftsfähigen Bewirtschaftungsstrukturen und bei der gemeinsamen Vermarktung des Holzes.

7. Regionalpolitik und Tourismus

In einem vielfältigen Kanton Bern kommt der **Regionalpolitik** eine wichtige Rolle zu. Jede Region hat ihre besonderen Stärken, welche mit entsprechenden Maßnahmen gefördert werden. Dabei sind nicht nur jene Politikbereiche, welche per se auf den ländlichen Raum einwirken (Regionalpolitik, Tourismuspolitik, Landwirtschafts- und Waldpolitik) einzubeziehen, sondern im Besonderen auch die Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, da hier der kantonale Handlungsspielraum, auch in den ländlichen Regionen, bedeutender ist.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Bildungsangebots entlang der Achsen Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel ist Voraussetzung für die Nutzung der Potentiale im ländlichen Raum. Die für die ländlichen Regionen zur Verfügung stehenden Mittel sind in jene Projekte zu investieren, welche eine möglichst große volkswirtschaftliche Wirkung erzielen.

Die **Zentren** sind die eigentlichen Wirtschaftsmotoren (die Region Bern erarbeitet die Hälfte, die Stadtregion Biel und der Wirtschaftsraum Thun je gegen einen Zehntel des kantonalen Bruttoinlandproduktes). Absolut gesehen fließt auch der größte Teil der Mittel des Kantons in die Zentren. Bei einem Vergleich der kantonalen Finanzflüsse zeigt sich aber, dass der Kanton Bern einen überdurchschnittlichen Mittelanteil in die ländlichen Regionen investiert.

Handlungsbedarf besteht für mich in der **Regionalpolitik** bei den folgenden Punkten:

1. Die Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums wird umgesetzt – natürlich mit der entsprechenden Prioritätensetzung bei den vorgesehenen Maßnahmen.
2. In der kommenden Herbstsession der eidgenössischen Räte wird der Nationalrat die Neue Regionalpolitik (NRP) verabschieden. Diese bringt einen Paradigmenwechsel: Künftig sollen unter dem Titel NRP Projekte unterstützt werden, die im ländlichen Raum mehr Innovation, mehr Wertschöpfung und damit auch Arbeitsplätze bringen. Für den Kanton Bern ist die NRP eine große Chance. Soeben haben wir regionale Arbeitsgruppen aufgefordert, ihre Entwicklungsstrategien zu formulieren und Projekte zu identifizieren. Dabei können sie an die Maßnahmen aus der Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raumes anknüpfen. Voraussichtlich im Mai 2007 werden wir das kantonale Umsetzungsprogramm beim Bund einreichen.

Aufgrund seiner regionalen Wirtschaftsstruktur hat die Tourismuspolitik im Kanton Bern eine hohe Bedeutung. Der Tourismus ist Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik und gehört zu den spezifisch regionalen Stärken. Dadurch soll in den ländlichen Regionen ein nachhaltiges Wachstum ermöglicht werden.

Um langfristig erfolgreich zu sein, müssen die zahlreichen Leistungsträger im Tourismus ihre Kräfte noch mehr bündeln. Durch die Bildung von Destinationen werden regionale Potentiale besser genutzt und die für das Marketing verfügbaren Mittel professionell eingesetzt. Seit 2006 treten 12 Destinationen am Markt auf – hier kann ich mir eine weitere Straffung vorstellen.

Daher sehe ich beim **Tourismus** folgenden **Handlungsbedarf**:

1. Der Kanton Bern muss die Strukturen im Tourismus weiter straffen. Wir haben heute bekannte Tourismus-Marken, die gepflegt werden können (Interlaken oder Gstaad). Aber wir haben immer noch solche, die noch zu wenig bekannt sind – unter anderem, weil wir immer noch zu viele Marken haben. Die Bildung von Marken muss weiter forciert werden. Zum Beispiel mit einer Stärkung der Jungfraueregion oder einer besseren Vermarktung der Stadt Bern. Im Berner Jura besteht dazu mit WATCH VALLEY ein wegweisendes Modell einer Kooperation über vier Kantone.
2. Auf eine meiner Wahlkampf-Ideen habe ich besonders viele positive Feedbacks erhalten: Es geht dabei um die Einführung eines „UNESCO- oder Jungfrau-Express“ (Bahnverbindung mit attraktivem Rollmaterial von Bern über Interlaken via Lötschberg-Bergstrecke nach Brig und weiter nach Stresa am Lago Maggiore). Die Volkswirtschaftsdirektion wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieses Projekt mit den zuständigen Stellen der BLS und der Destinationen vorantreiben.

8. Euro 08

Last but not least das Projekt Euro 08. Dabei handelt es sich um meinen 8. Schwerpunkt für die laufende Legislatur, denn die Euro 08 ist Promotion für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Kanton Bern. Diese Chance müssen wir unbedingt nutzen.

Was bei der 17. Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in Südkorea/Japan geschehen ist, darf es bei der Europameisterschaft 2008 nicht geben. Damals gab es einen unschönen Zwist zwischen den beiden Austragungsnationen. Und vielen blieb wegen dem besseren Marketing nur der eine Austragungsort in Erinnerung: Südkorea.

Wir werden aktiv darauf hin arbeiten, dass die Schweiz genauso im Zentrum steht wie Österreich und dass auch Bern entsprechend wahrgenommen wird. Mehr möchte ich heute dazu nicht sagen, da ich Sie ja bereits an der Medienkonferenz vom 10. August über unsere Pläne zur Euro 08 informiert habe. Weitere konkrete Informationen werden in diesem Herbst folgen.

9. Zusammenfassung

Sie sehen: Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern weist thematisch eine sehr große Breite auf. Gerade dieser Umstand hat mich sehr motiviert, die politische Verantwortung in dieser Direktion zu übernehmen. Meine Erfahrungen als Unternehmer und Projektleiter in interdisziplinären Teams kann ich hier sehr gut einsetzen.

Und ich kann Ihnen heute versichern, dass meine Motivation nach 100 Tagen noch viel größer geworden ist.

Mit der Führung der Volkswirtschaftsdirektion habe ich die große Chance, die Entwicklung im Kanton Bern in den Bereichen Wirtschaft und Ökologie sowie Land- und Waldwirtschaft vorwärts zu treiben. Als klassische Querschnittsdirektion können wir viel zur Erfüllung der Grundmaxime der Regierung („Nachhaltige Entwicklung stärken“) und damit zur Stärkung der Wirtschaftskraft beitragen. Ich bin gewillt, meinen diesbezüglich großen Handlungsspielraum als Volkswirtschaftsdirektor in einer aktiven Art und Weise auszunutzen.

Konkret geschieht dies in den Schwerpunkten:

- aktive Wirtschaftspolitik – und dort mit der Promotion des Wohnstandortes und einer Stärkung der familienexternen Kinderbetreuung;
- Innovationsförderung – mit der Schaffung einer Koordinationsgruppe „Wissens- und Technologietransfer“;
- in der Wirtschaftsförderung – Konzentration auf die Stärken;
- bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;
- mit der Stärkung der Ökologie;
- der Aktivierung der Waldpolitik;
- der Straffung der Strukturen im Tourismus und schließlich
- der Nutzung der großen Chance „Euro 08“.

Wir haben konkrete Ideen, wie wir diesen Kanton wirtschaftlich erfolgreicher machen können und gleichzeitig seine Attraktivität als Wohnstandort weiter steigern werden. Ich bin sehr motiviert, mich voll und ganz in diesem Sinne einzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne beantworte ich nun Ihre Fragen. Auch die Herren Rösti und Nietlisbach sind gerne bereit, Fragen zu beantworten.
